

„Zwischen Zivilisation und Barbarei“

von Prof.Dr. Georg Grasnick

Berlin Hellersdorf ist in die Schlagzeilen der Medien gekommen. Nazis und Rechtspopulisten haben dafür gesorgt.

Das leerstehende ehemalige Max-Reinhardt-Gymnasium war zu einer Notunterkunft für etwa 200 Flüchtlinge ausgebaut worden. Opfer der in Afghanistan und Syrien wütenden Kriegesfurie zogen in ihre neue Unterkunft ein. Sie waren Tod, Leid, Hunger und Schrecken entflohen. In Berlin-Hellersdorf angekommen wurden sie mit neuem Schrecken konfrontiert. Eine vom Bezirksamt einberufene Bürgerversammlung wird von Rechtsextremisten zu einer Tribüne für die Propagierung von Ausländerfeindlichkeit und Volksverhetzung umfunktioniert.

Nazi-Mob in Aktion

Mobilisiert von ihren Führungskräften heizen Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen die Stimmung auf der Versammlung an. Die NPD, „Die Republikaner“, die Parteien „Freiheit“, „Pro Deutschland“ und „Alternative für Deutschland“ sowie rechtsextremistische Organisationen wie der „Nationale Widerstand Berlin“ und der „Ring Nationaler Frauen“ sind aufmarschiert. Eine von der NPD unterlaufene „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ betätigt sich als „Regisseurin“ der Aktion. Die Absicht der Nazis - die Notunterkunft zum „national befreiten Objekt“ zu erklären, also die Nutzung als Notunterkunft für Flüchtlinge zu verhindern. Stimmen der Vernunft auf der Versammlung und überhaupt in der deutschen Öffentlichkeit sollen niedergebrüllt werden. Und so werden in Berlin-Hellersdorf Sprechchöre gezeigelt wie „Nein zum Heim!“. Rufe werden laut auf der Versammlung und in den nachfolgenden Tagen bei Zusammenrottungen dieser Kräfte. Einige Beispiele für das Kaliber solcher Rufe: „Gegen Islamisierung Deutschlands“, „Deutschland den Deutschen“, „Asylschmarotzer“, „Die können wir bei uns in den Keller stecken“, „Die sollen sich dahin verpissen, wo sie hergekommen sind!“ und „Die sollte man alle vergasen!“. Shirts mit der Aufschrift „22. – 26.“ werden zur Schau getragen. Um drohend an den Pogrom in Rostock-Lichtenhagen genau vor 21 Jahren zu erinnern. Vereinzelt wird der „Hitlergruß“ gezeigt. In Facebook-Post der anonym agierenden „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ wird offene Mordhetze gegen die Flüchtlinge betrieben: „Sollen doch die Bonzen dieses Drecksgeindel in Ihr Viertel schicken. Stattdessen wird das Pack wieder zum ‚gemeinen Volk‘ abgeschoben, damit wir bald noch ein Wedding, Neukölln und Kreuzberg haben! Dieser Dreck verteilt sich wie Ungeziefer. Am besten wir lösen die Sache wie in Rostock, 1992, aber da werden nicht genug die Eier in der Hose haben.“ (1)

Proteste gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften erfolgen auch in anderen Berliner Bezirken. Im Berlin-Charlottenburg werden Unterschriften gesammelt. Mit der Einrichtung solcher Notunterkünfte werde „der soziale Friede gefährdet.“ Ein „Werteverlust“ umliegender Häuser sei zu befürchten. In Berlin-Reinickendorf wird der Umbau eines Hauses zur Flüchtlings-Notunterkunft vom zuständigen Bezirksamt gestoppt. Die Baugenehmigung wird nicht erteilt, da das Vorhaben in einem „Wohngebiet“ erfolgen solle.

In den Tagen nach der Bürgerversammlung in Berlin-Hellersdorf kommt es dort wie in anderen Berliner Stadtteilen vor Moscheen, Kulturzentren und Flüchtlingseinrichtungen zu Gewalttätigkeiten zwischen Antifaschisten, Rechtsextremisten und der Polizei. Die NPD bezieht Berlin-Hellersdorf als Anlaufpunkt in ihr „Deutschland-Tour“-Programm ein. Die Verbreitung von Hass gegen Ausländer, Rassismus und chauvinistische Hetze stehen auf dem Programm.

Die NPD will im Wahlkampf von der Propagierung faschistischer Ideologie profitieren.

Eine bürgerliche Zeitung kommentierte die Vorgänge in Hellersdorf: „Manchmal liegen zwischen Zivilisation und Barbarei nur Millimeter. Einen Hauch davon konnte man in Hellersdorf verspüren.“ (2)

„Wutgetränkte politische Apathie“

Leider ist festzustellen, daß auch unter Hellersdorfer Bürgern Fremdenfeindlichkeit anzutreffen ist. Auf der Bürgerversammlung wurde mitunter den faschistischen Rattenfängern Beifall gezollt.

Repräsentative Umfragen besagen, dass jeder vierte Deutsche ausländerfeindliche Einstellungen bekundet. Jeder zweite Deutsche meine, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland. Die Ursachen für ein derartiges Verhalten sind zweifellos vielfältig. Offensichtlich ist jedenfalls, dass rechtsextremistische und rechtspopulistische Kräfte an Stimmungen anknüpfen, die bei so manchem Bürger anzutreffen sind, der von sozialer Unsicherheit und Perspektivlosigkeit betroffen ist. Die Polarisierung zwischen Arm und Reich, ein in Deutschland sich intensiv vollziehender Prozess, ruft pessimistische Erwartungshaltungen gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung hervor. „Die Finanzkrise hat die sozialen Abstiegsängste in Deutschland noch einmal erheblich verstärkt.“ (3)

Der renommierte Heidelberger Soziologe und Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer bemerkt, dass Opfer der Krise „apathisch oder zum Teil auch aggressiv werden können.“ Es greife „eine Entmoralisierung um sich.“ Heitmeyer weiter: „Das Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen wird aufgekündigt. Das heißt, man wertet andere Menschen ab, insbesondere schwache Gruppen, um sich selbst aufzuwerten. Und die Maxime ‚Rette sich, wer kann‘ gewinnt an Bedeutung.“ (4)

Die Abwertung anderer Menschen durch von sozialer Ungerechtigkeit Betroffene zeigt sich auch gegenüber Flüchtlingen. Sie paart sich bei manchen Menschen mit irrationaler Angst vor Fremden und schlägt nicht selten in Fremdenfeindlichkeit um. Heitmeyer zufolge habe sich eine „wutgetränkte politische Apathie“ ausgebreitet. Ein gefundenes Fressen für rechtsextremistische Kräfte.

Nach Ansicht Heitmeyers lassen die ernüchternden Umfragewerte den Schluss zu, „dass die Kernnormen Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness in der Mitte der Gesellschaft immer weniger Anklang finden. Es drohe eine zunehmende Erosion der demokratischen Basis. Sollte sich eine ‚ideologische Ungleichwertigkeit‘ ausbreiten, sei starker Anstieg der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu befürchten.“ (5) Für faschistische Rattenfänger ein ideales Manövriertfeld.

Zeitgleich mit den Vorgängen in Berlin-Hellersdorf kam übrigens eine Studie der Berthelsmann-Stiftung zu dem Ergebnis, „dass die Deutschen stärker als andere Nationen Angst vor Vielfalt haben: Die Vorbehalte gegen Ausländer sind groß, das Asylbewerberheim wollen wir lieber nicht in unserer Nähe haben. Das Fremde ist uns offenbar unheimlich. Und schafft es einmal jemand, in unser Land zu kommen, dann tun wir alles, um ihn wieder wegzuekeln. Wir zwingen Asylbewerber, monatelang in Sammelunterkünften zu leben, verfrachten sie anschließend in entlegene Dörfer, die sie nicht verlassen dürfen. Wir verbieten ihnen zu arbeiten, speisen sie – wie in Bayern – mit Essenspaketen ab. Jede bürokratische Drangsalierung macht ihnen deutlich, dass man sie eigentlich nicht hier haben will.“ (6)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung konstatiert, Ausländerfeindlichkeit sei „kein Randproblem, sondern eines der Mitte der Gesellschaft.“ Die ganze Wahrheit ist ernster.

Ausländerfeindlichkeit wird mit erschreckender Wirkung von Vertretern der politischen Elite geschürt. Von Medien aufgegriffen und verbreitet, wird sie mitunter als „gesundes Volksempfinden“ begriffen. Die „Berliner Zeitung“ dazu: „Die Schlagzeilen der letzten Monate klingen unheimlich vertraut: ‚Asyl-Alarm‘, ‚Flüchtlingsstrom‘, ‚Immer mehr Flüchtlinge drängen nach Deutschland‘. Fast könnte man meinen, alle Verfolgten dieser Erde

haben sich auf den Weg zu uns gemacht und verlangen nun frech einen Teil unseres Wohlstands. Politiker wie der bayerische Innenminister Joachim Herrmann sprechen schon von internationalen Migrationsströmen, die es aufzuhalten gelte, bevor sie nach Deutschland schwappten, um mal im Bild zu bleiben. Migrationsströme? Rinnsale träfe es besser. Weltweit gibt es derzeit laut UN 45 Millionen Flüchtlinge, das ist der höchste Stand seit zwei Jahrzehnten. 43.000 von ihnen sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nach Deutschland gekommen.“ (7)

Offizielle Stimmungsmache

Das hierzulande geübte „Weckekeln“ hilfeschender Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge ist keine Erscheinung der vergangenen Wochen oder Monate. Repräsentanten der BRD, eines Staates, der Wert darauf legt, als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches zu gelten, haben über Jahre Ausländerfeindlichkeit angestachelt.

Da war vor 20 Jahren einer der Stimmungsmacher der damalige Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Kohl.

„Deutschlandradio Kultur“ dazu in einem Rückblick am 23. Mai 2013: „In Rostock, in Hoyerswerda und schließlich in Mölln waren Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte verübt worden, von Neonazis und Rechtsradikalen, teilweise unter dem Beifall der Bevölkerung. Es gab Tote und Verletzte. Manche Medien schürten den Fremdenhass, die Schutzsuchenden wurden als „Schein- oder Wirtschaftsasylanten“ bezeichnet, als „Asylbetrüger und Sozialschmarotzer“. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach vom Staatsnotstand.“ (8) Die „Berliner Zeitung“ erinnerte am 22. August 2013 an die beschämenden Vorgänge und an Kohls Rolle dabei: „Als johlende Massen brennende Asylanten- und Ausländerheime umstanden, da hielt der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, der Kanzler der Einheit, es nicht für nötig, die Opfer zu besuchen, geschweige denn, sich für sie einzusetzen. Er half vielmehr, ein Klima zu schaffen, in dem die Ausländer als Problem, die Immigranten als Zumutung angesehen wurden. Sie loszuwerden war das erklärte Ziel seiner Politik. Er hat nicht die Feuer gelegt, aber er hat sich nicht schützend vor die Angegriffenen gestellt. Weder er noch die Staatsmacht war damals auf der Seite der Verfolgten.“

Während der Kanzlerschaft Kohls wurde gemeinsam von CDU/CSU, SPD und FDP das bis dahin im Grundgesetz verbürgte Asylrecht ausgehöhlt und dadurch bedeutend verschärft. Seitdem gilt: Wenn ein Asylantrag nicht gebilligt wird, erfolgt die Abschiebung in den sogenannten „sicheren Drittstaat“ oder in das Herkunftsland. „Ist ein in seinem Heimatland politisch verfolgter Asylbewerber nämlich über einen Drittstaat eingereist, in dem er nicht verfolgt wird, hat er keine Chance auf Asyl. Diese restriktive Regelung besteht seit der Reform des Asylrechts unter Helmut Kohl.“ (9)

Die von Kohl geübte Ausländerfeindlichkeit fand ihre Nachbeter vor allem bei führenden Mitgliedern der Unionsparteien. Da „warnte“ der ehemalige CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Stoiber vor einer „durchmischten und durchrassten Gesellschaft auf deutschem Boden“. Da ertönte im Berliner Abgeordnetenhaus die Programmrufe des ehemaligen CDU-Landesvorsitzenden in Berlin, Landowski, der vom „Müll“, von den „Ratten“ und vom „Gesindel“ sprach. Da hetzte der frühere CSU-Vorsitzende Huber: „Multi-Kulti ist die Brutstätte der Kriminalität.“ Da wollte der damalige Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Schröder im ausländerfeindlichen Chor der Polit-Prominenz nicht fehlen: „Das Boot ist voll!“ ließ er verlauten.

Aus dem Munde von Repräsentanten des bundesdeutschen Staates muss also Ausländerfeindlichkeit als gesellschaftsfähig erscheinen. Zumal Ausländerfeindlichkeit auch in staatlichen Strukturen anzutreffen ist. Die Haltung und Verfahrensweise des Verfassungsschutzes gegenüber den Verbrechen der NSU-Mörderbande spricht in dieser Hinsicht Bände. Die Fahndungsaktivitäten richteten sich gegen die Angehörigen der Opfer.

17 Anwälte der Nebenkläger im NSU-Prozess kritisierten den Abschlussbericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses zur Neonazi-Mordserie. In der ersten von 10 Forderungen, die die Anwälte erheben, heisst es: "Hinterbliebene und Verletzte fordern die Anerkennung auch in der Politik, dass das systematische Versagen der Ermittlungsbehörden auf institutionellem Rassismus beruht." (10) In einem Pressekommentar wird die Kritik der Anwälte unterstützt: "Ein Anwalt der Opferangehörigen hat es so gesagt: 'Die Haltung vieler Beamter im Umgang mit den Opfern zeugte von Voreingenommenheit gegenüber Bürgern dieses Landes mit ausländischen Wurzeln.' Er hätte auch von Rassismus reden können, der nicht nur in den Köpfen einzelner Polizeibeamter, sondern in den Büros etlicher Sicherheitsbehörden herrscht. Er hätte darauf verweisen können, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz – dessen Arbeit jahrzehntelang ehemalige Gestapo-Männer bestimmten – bis heute unter dem begründeten Verdacht steht, diejenige Behörde zu sein, vor der die Verfassung geschützt werden müsste. Der Ausschuss hat es vermieden, den Behörden rassistisches Denken vorzuhalten. Er hat es vermieden, obwohl der Rassismus als Fahndungsinstrument bei der Nicht-Aufklärung der 10 NSU-Morde so offenkundig zum Einsatz kam, dass ihn nur übersehen kann, wer ihn übersehen will." (11) Rassismus, Hassgesänge und Mordhetze faschistischer Kräfte erhalten unter Hinweis auf „Meinungsfreiheit“ Rückhalt. So reagierte Berlins Innensenator Henkel (CDU) auf die Forderung demokratischer Kräfte, die ausländerfeindlichen Demonstrationen vor und in der Nähe des Hellersdorfer Flüchtlings-Heimes zu verbieten, folgendermaßen: "Der Vorschlag ist nicht zu Ende gedacht." Es sei nicht die Aufgabe des Staates zu entscheiden, wogegen demonstriert werden darf. (12)

Ursachen des Flüchtlingselends

Millionen Menschen müssen ihre Heimatländer verlassen, um das nackte Leben vor Krieg und Vernichtung zu retten. Oder weil Wirtschaftskrieg führender kapitalistischer Länder sie in den Ruin getrieben hat.

Die größten Herkunftsländer der Kriegsflüchtlinge sind Afghanistan, Irak und Syrien. Drei Staaten, die infolge der vom US-Imperialismus betriebenen „Weltneuordnung“ Opfer von völkerrechtswidrigen Interventionen geworden sind. Die BRD nimmt als NATO-Partner in unterschiedlicher Weise an den Aggressionsakten teil.

In Afghanistan ist die Bundeswehr seit über einem Jahrzehnt im Einsatz. Um geostrategische und geoökonomische Interessen des deutschen Kapitals am Hindukusch zu „verteidigen“. Bei der Aggression gegen den Irak war die BRD vor allem logistisch am „Regime change“ beteiligt.

An dem bereits über zwei Jahre andauernden Krieg gegen Syrien ist der BND vor der syrischen Küste und an der türkischen Grenze mit „Aufklärungsaufgaben“ über Truppenbewegungen der syrischen Armee befasst. Die Ergebnisse der „Aufklärung“ werden der CIA und der in starkem Maße von Dschihadisten durchsetzen sogenannten Freien Syrischen Armee vermittelt. Außerdem hat die Bundeswehr, dem Ruf ihres NATO-Partners Türkei folgend, Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze stationiert. Die Stationierung trägt zur Ermunterung und Stärkung jener Kräfte bei, die Verhandlungen über eine friedliche, nichtmilitärische Lösung der anstehenden Probleme kategorisch ablehnen. Die BRD trägt darüber hinaus durch umfangreiche Lieferungen von Rüstungsgütern – auch in Spannungsgebiete – dazu bei, dass regionale Konflikte immer wieder aufflammen oder neu entstehen können. Bundesdeutsche Rüstungskonzerne sorgen mit „deutscher Wertarbeit“ dafür, dass das Land hinter den USA und Russland auf der Liste der Rüstungsexporteure den Rang drei eingenommen hat.

Die BRD trägt mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik dazu bei, dass bisher in den von Krieg heimgesuchten Ländern über eine Million Menschen Opfer der Interventionskriege wurden und mehrere Millionen zu Kriegsflüchtlingen.

Außer den Kriegsflüchtlingen irren Millionen Wirtschaftsflüchtlinge durch die Welt. Sie suchen Zuflucht in Ländern, in denen sie sich Arbeit und Lebensunterhalt erhoffen. Viele der Flüchtlinge vor allem aus Ländern des Südens sind Opfer der neoliberalen Globalisierung geworden. Ihre Heimatländer sind in die Kreisläufe der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung eingebunden. So erzwingt beispielsweise die EU-Zollpolitik und Subventionspraxis Brüssels für die Agrarwirtschaft den Abbau von Zollschranken und günstige Absatzmärkte. Die BRD gehört zu den Gewinnern neokolonialistischer Machenschaften.

Afrikanische Unternehmen, Kleinbauern und Fischer sind davon besonders betroffen. Sie haben keine Chance gegen die wettbewerbsfähigere EU-Konkurrenz. Sie werden ruiniert. Hinzu kommt das auch von bundesdeutschen privaten und staatlichen Investoren, Agrarkonzernen, Banken und Versicherungen erzwungene sogenannte Land-Grabbing. Hunderte Millionen Hektar fruchtbaren Bodens wurden von den neuen Kolonialherren aufgekauft, um nun anbauen zu lassen, was „Nachfrage bedient, die Kaufkraft hat.“ Was also in den Metropolen von kapitalistischen Ländern vor allem bei kaufkräftigen Schichten Absatz findet. Land-Grabbing hat massenhaft Landvertreibungen einheimischer Kräfte und damit den Verlust von Lebensunterhalt zur Folge. Und das bei über einer Million Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern, die an chronischer Unterernährung leiden. Täglich verhungern 24.000 Kinder. Millionen und aber Millionen sehen keine Lebensperspektive mehr in ihren Heimatländern. 18 Millionen sind auf der Flucht vor Hunger, auch vor regionalen Kriegen. Sie flüchten von Land zu Land. Viele machen sich auf den Weg nach Europa. Doch die „Festung Europa“schottet gegen Menschen, die ums Überleben ringen, ab. 20.000 Flüchtlinge haben bereits ihr Grab im Mittelmeer gefunden.

Die „Weltordnungskriege“, an denen sich die BRD beteiligt und der Wirtschaftskrieg, den sie mit ihrer Zoll- und Subventionspolitik gegen die Länder des Südens führt, tragen maßgeblich dazu bei, das Millionenheer der Flüchtlinge in der Welt zu vergrößern.

Dem terroristischen Treiben begegnen

Die Terrorisierung der demokratischen Öffentlichkeit durch NPD und rechtsextremistische Organisationen und Verbände geschieht nicht nur in Berlin-Hellersdorf.

Allein im vergangenen Jahr, als NSU-Parlamentsausschüsse ihre Tätigkeit aufgenommen hatten und feststellen mussten, dass über das V-Leute-System der Rechtsextremismus staatlich, mit Steuergeldern, gesponsert worden war, gab es 17.600 von diesen Kräften verübte, politisch motivierte Straftaten. Durchschnittlich 48 Straftaten pro Tag. Auch gegen Asylbewerber.

Seit zwei Jahrzehnten wird die offizielle Statistik über solche Straftaten geschönt. Glaubt man ihr, so habe es 60 Todesopfer durch rechtsextremistische Gewalt in den Jahren zwischen 1990 und 2011 gegeben. Die Amadeu-Antonio-Stiftung hat für diesen Zeitraum 184 Opfer ermittelt.

Die NPD und andere rechtsextremistische Kräfte erhalten für ihre Zusammenrottungen regelmäßig Polizeischutz. Junge und alte Antifaschisten, Angehörige der Bewegung „Bunt statt Braun“, Demokraten, Christen, Mitglieder der Linken, der SPD und der Gewerkschaften sowie der vom Verfassungsschutz überwachten VVN/BdA, die gegen die Kräfte der Vergangenheit mobilisieren und aufstehen, werden oftmals von der Polizei bedrängt und angegriffen. Für Zusammenstöße werden von der Polizei und von Massenmedien „Linksextremisten“ verantwortlich gemacht.

Um ein zweites Verbotverfahren gegen die NPD ist es bedrückend still geworden. Die Bundesregierung hatte sich quer gestellt. Unionsparteien und FDP verhinderten einen Beschluss des Bundestages.

In den Programmen der Parteien zur Bundestagswahl spielt – außer bei der LINKEN – das Verbotverfahren keine Rolle. Die NPD kandidiert wieder. Sie kann nach wie vor die Infrastruktur, besonders das Internet und beträchtliche Steuermittel für die Verbreitung ihrer Volksverhetzung nutzen.

Die politische Atmosphäre im Land scheint dem vom Staat hochdekorierten rechtskonservativen Historiker Baring günstig, um seine Zukunftsvision für die Weiterentwicklung des Mainstream im Alltagsleben der politisch und wirtschaftlich stärksten Macht im EU-Europa kundzutun. Auf dem Festakt zum diesjährigen „Tag der Heimat“, zeitgleich mit den rechtsextremistischen Krawallen in Berlin-Hellersorf, führte Baring Klage. Dass nämlich seiner Meinung nach die Deutschen sich partout nicht als „das vielleicht bedeutendste Volk Europas“ sehen wollen. Die Folge sei, dass man heute die erste Strophe des „Deutschlandliedes“ nicht mehr singe. Das sei, so der Historiker, nicht „normal“, aber er sei sicher: Die erste Strophe „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt...“ werde früher oder später wieder breite Anerkennung finden. Die Unterstützung der NPD und die ihres Gefolges ist ihm schon heute gewiss.

Das andere Deutschland wird seine Aktionen gegen den braunen Mob fortsetzen. Es versteht den vor Jahren verkündeten Aufruf zum „Aufstand der Anständigen“ noch immer als Aktion auf der Straße, um Rechtsextremismus zu stoppen.

Es versteht „Wahrhafte Demokratie“ nicht als leeres Wort, sondern als Aufforderung, aufklärerisch zu wirken, dass Faschismus gestern und heute ein Verbrechen gegen die Menschheit ist.

Das andere Deutschland demonstriert in Berlin-Hellersdorf mit Mahnwachen und Infoständen vor oder in der Nähe der Flüchtlings-Notunterkunft sowie mit der Sammlung von Kleidung und Hausrat seine Solidarität mit den Opfern imperialistischer Weltordnungskriege.

Quellen

1 endstation-rechts.de/index.php

2 Berliner Zeitung, 11. Juli 2013

3 www.boell.de/demokratie/demokratie-endsolidarisierung

4 Berliner Zeitung, 3. Juni 2013

5 www.boell.de/demokratie/demokratie-endsolidarisierung

6 Berliner Zeitung, 24. Juli 2013

7 Berliner Zeitung, 27. Juli 2013

8 www.dradio.de/dkultur/sendungen/kalenderblatt

9 www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2013/08

10 Junge Welt, 23. August 2013

11 Berliner Zeitung, 23. August 2013

12 taz, 22. August 2013